

BUNDESPOLITIK
Smarte Opposition

G9-GESETZ
Klarheit für
Gymnasien

SICHERHEITSPAKET
Neustart in der
Inneren Sicherheit

**„Digitalisierung ist eine
Gemeinschaftsaufgabe“**

Interview mit Prof. Dr. Dr. Björn Niehaves über

Strategien der Digitalisierung und Smart Citys



CHRISTOF RASCHE
Vorsitzender der
FDP-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der ersten Ausgabe unseres Magazins blicken wir auf ein Jahr der Weichenstellungen. Im Bund haben wir eine neue Regierung. Die Freien Demokraten werden als Opposition dafür sorgen, dass die auf „Weiter so“ ausgerichtete Große Koalition aus der Mitte des Parlaments angetrieben wird. Insbesondere aus NRW-Sicht werden wir darauf achten, dass die Bundesregierung zur Lösung der Alltagsprobleme der Menschen beiträgt und sich nicht in Symboldebatten von drei Parteien auf Sinnsuche erschöpft.

In Nordrhein-Westfalen sind wir im vergangenen Jahr angetreten, um einen Politikwechsel zu erreichen. Diesen setzen wir nun 2018 konsequent um. Bereits vor Ostern hat der Landtag das Entfesselungspaket I verabschiedet. Eingbracht sind Gesetzentwürfe zur Umstellung von G8 auf G9 an den Gymnasien in NRW sowie zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde. Beraten werden wir auch die Novelle des Polizeigesetzes. Kurzum: Wir werden das Jahr 2018 nutzen, um Nordrhein-Westfalen weiterhin moderner, chancenreicher und sicherer zu machen – so, wie wir es den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben.

Dabei hat das Jahr bereits historisch begonnen. Erstmals seit 1973 haben wir einen Landshaushalt verabschiedet, der ohne neue Schulden auskommt. Zugleich investieren wir in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit und unterstützen die Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit mit 100 Millionen Euro. Die Landtagsfraktionen haben in den Beratungen weitere Akzente gesetzt. Und so wurden die Unterschiede im Landtag offensichtlich: Während die Opposition Geschichten erzählt hat, hat die NRW-Koalition Geschichte geschrieben.

Historisch war auch der gemeinsame Neujahrsempfang von Landtagsfraktion und Landesverband Mitte Januar in Düsseldorf. Mit einem Besucherrekord sind wir ins neue Jahr gestartet. Und mit diesem Schwung werden wir nun anpacken, um unser Land nach vorn zu bringen – in der Opposition in Berlin und insbesondere in Regierungsverantwortung in NRW.

Ihr

Christof Rasche



christof-rasche.de



[facebook.com/
ChristofRasche](https://facebook.com/ChristofRasche)



[twitter.com/
Chris_Rasche](https://twitter.com/Chris_Rasche)



**Sie können das liberal.nrw
auch online lesen!
Besuchen Sie dazu einfach:
issuu.com/liberal-nrw**



„Ein einzelner Luftballon macht noch keine Party“

INTERVIEW Die NRW-Koalition baut digitale Modellregionen auf, um die Digitalisierung von öffentlicher Verwaltung und Stadtentwicklung voranzutreiben, den Rückstand im internationalen Vergleich zu reduzieren und den Staat für die Bürger unkomplizierter zu machen. Aachen, Gelsenkirchen, Soest, Wuppertal und Paderborn gehen unter Förderung des Landes voran. Bewährte Verfahren sollen dann auch landesweit übernommen werden. Das Forschungskolleg „Zukunft menschlich gestalten“ der Universität Siegen arbeitet aktuell im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Wirtschaft und Digitalisierung an einer Studie, die erfolgreiche Digitalisierungsstrategien von Kommunen untersucht. Im Interview beschreibt der Direktor des Forschungskollegs, Prof. Dr. Dr. Björn Niehaves, was die Bürger in Zukunft erwartet.

„Digitalisierung ist, wenn aus Papier eine PDF-Datei wird“, mag mancher denken. Was hielten Sie von dieser Definition?

(lacht) Dann wären wir mit dem Thema Digitalisierung relativ schnell durch. Hinter Digitalisierung steckt viel, viel mehr. Wichtig ist, dass wir sie mit Neugier, Kreativität und Optimismus angehen.

Sind im digitalen Wandel Alleingänge sinnvoll?

Ein einzelner Luftballon macht noch keine Party. Digitalisierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und ich freue mich darüber, dass viele gesellschaftliche Akteure schon erkannt haben, dass man sie nicht alleine stemmen kann, sondern zusammenarbeiten muss. Der Ansatz, Digitalisierung

Prof. Dr. Dr. Björn Niehaves im Gespräch (oben)

allein aus eigener Kraft zu starten, hat eine relativ hohe Scheiternswahrscheinlichkeit. Zunehmende Vernetzung beispielsweise zwischen öffentlicher Verwaltung und dem stationären Handel, dem Gesundheitswesen und Mobilitätsanbietern oder der Landesregierung mit den Kommunen ist extrem wichtig.

Sie leiten die Studie „Digitalisierungsstrategien für Kommunen“, die vom NRW-Ministerium für Wirtschaft und Digitalisierung in Auftrag gegeben wurde. Wie ist diese Studie angelegt?

Nur mit konkreten Digitalisierungsprojekten kommen die Mehrwerte bei den Bürgerinnen und Bürgern oder der Wirtschaft an. In Zeiten eines digitalen Aktionismus werden aber zu schnell mal einzelne Digitalisierungsprojekte von irgendwoher kopiert. Wir fokussieren uns in der Untersuchung zunächst auf die Strategien zur Digitalisierung, denn ohne eine Strategie ist jedes Projekt falsch. Deshalb ist es unser Ziel, auch in Form von Handlungsempfehlungen dabei zu helfen, ganze Digitalisierungsstrategien für Kommunen zu entwickeln.

Was macht eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie einer Kommune aus?

Ausgereifte und ausgewogene Digitalisierungsstrategien in Kommunen umfassen in der Regel drei Bereiche. Der erste Bereich ist die Digitalisierung von eigenen Dienstleistungen, wie beispielsweise das Stellen des Bauantrags oder die Kfz-Anmeldung. Die Digitalisierungsstrategie legt dar, wie man die Digitalisierung nutzen möchte, um Verwaltungsdienstleistungen voranzubringen, zu optimieren, weiterzuentwickeln.

Worauf kommt es bei diesem ersten Aspekt, der Digitalisierung der Verwaltung, dem E-Government, an?

Digitalisierung setzt beim Kunden an und versucht radikal, aus seiner Perspektive digitale Technologien zu nutzen, um Kundenerlebnis, Dienstleistung oder Produktqualität zu erhöhen. Im E-Government war das leider nicht immer überall so, sondern es wurden Informationstechnologien eingesetzt, um Prozesse aus der Perspektive der Verwaltung zu optimieren – bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosten für Bürger und Wirtschaft. Diese Sichtweise hat heute keinen Platz mehr.

Das wäre der erste Bereich. Was ist der zweite?

Der zweite Teil ist die Digitalisierung der Stadt, das Entwickeln einer sogenannten Smart City. Ihr Ziel ist es, durch die Analyse von Daten bessere Entscheidungen zu treffen, beispielsweise hinsichtlich Mobilität oder Umwelt. Eine Digitalisierungsstrategie antwortet dabei auf die Frage, wie digitale Technologien genutzt werden sollen, um die Stadtentwicklung voranzubringen.

Was ist denn ein besonders spannendes Potential, das eine Smart City heben könnte?

Mal ein Beispiel: Amazon ist unter anderem deshalb erfolgreich, weil sie über Ihre Einkaufsdaten und über die von Millionen anderer Menschen verfügen. Auf dieser Basis trifft Amazon



die besseren Entscheidungen. Kann ein einzelner Einzelhändler dagegen ankommen? Wohl kaum. Wenn aber unterschiedliche Akteure einer Stadt beispielsweise vorliegende Frequenz- oder Mobilitätsdaten kombinieren, liegt da großes Potential. Man könnte im Bereich der Analyse tatsächlich was entgegensetzen, was vielleicht sogar noch besser und noch schlagkräftiger sein kann.

Das klingt nach einer Menge vernetzter Daten. Wie steht es um die Bürgerrechte in einer Smart City?

Natürlich muss das datenschutzrechtlich einwandfrei sein. Bei all den Vorteilen der Digitalisierung darf das Thema Datenschutz nicht zu kurz kommen. Datenschutz sollte aber zeitgemäß sein. Die Tatsache, dass er heute an vielen Stellen schon über die Gesetzgeber auch zunehmend zeitgemäß gemacht wird, freut mich.

Ein Baustein für eine erfolgreiche kommunale Digitalisierungsstrategie fehlt uns noch. Welcher ist es?

Der dritte Bereich befasst sich mit der digitalisierten Gesellschaft: beispielsweise Breitbandausbau, Startup-Förderung oder die Entwicklung von Digital Skills, um die Menschen für den digitalen Wandel fit zu machen.

Wie groß ist der Handlungsbedarf bei der Schulung im Umgang mit der Digitalisierung?

Ich glaube, dass das Thema Kompetenz sehr, sehr wichtig, bisher aber

PROF. DR. DR. BJÖRN NIEHAVES ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik und Direktor des Forschungskollegs „Zukunft menschlich gestalten“ der Universität Siegen (FoKoS). Er arbeitet insbesondere am Thema „Digitale Innovationen“ sowie an ihrer Bedeutung für unternehmerische Wertschöpfung und Arbeitswelt. Wissenschaftlich war er unter anderem in Harvard (USA), an der London School of Economics (UK) oder der Hertie School of Governance (DE) tätig und ist beispielsweise auch Vorstandsmitglied des Siegener Mittelstandsinstituts oder des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ) in Berlin.



Forschungskolleg Siegen
online:
uni-siegen.de/fokos

oft noch untergegangen ist. Lebenslanges Lernen muss beispielsweise mehr Bedeutung erlangen. Nehmen wir das Beispiel eines Kommunalbeamten, der seit 15 Jahren im Dienst ist. Dem wurde in seiner Ausbildung kaum etwas explizit über Digitalisierung vermittelt. Wie soll er mit Fachverantwortung im Sozialen oder im Bau ohne eigene Kompetenzentwicklung die Veränderungen rund um die Digitalisierung seines Fachbereiches meistern? Wir arbeiten mit vielen Bürgermeistern und Führungskräften aus Verwaltung und Politik zusammen und versuchen, diese Lücke zu schließen. Es muss davon aber noch viel mehr Initiativen geben. Digitalisierung ist auch ein Bildungsthema.

Neben der Kompetenzentwicklung – wie wird sich unser Arbeitsalltag im Zuge der Digitalisierung verändern? Wie sieht die sogenannte Arbeit 4.0 aus?

Digitalisierung ist das, was wir daraus machen. Arbeit 4.0 umfasst einerseits das angsteinflößende Szenario, ständig erreichbar zu sein und ständig zu arbeiten. Ein anderes ist das der Freiheit. Die Frage ist: Wie können wir die Digitalisierung nutzen, um Arbeit zu individualisieren, um auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Menschen einzugehen und um der Heterogenisierung der Erwerbstätigenstruktur Rechnung zu tragen? Ich glaube, dass die digitalen Technologien sehr wohl das Potential dazu haben. Man muss nur den Bedarf auch ernst nehmen.

Beinhaltet eine digitalisierte Kommune auch mehr Partizipation?

Das blanke Versprechen, dass Internet und Digitalisierung das Allheilmittel sind, um eine partizipativere und offenere Gesellschaft zu schaffen, hat sich nicht unbedingt erfüllt. Man kann aber sehr wohl beobachten, dass diese Technologien Potentiale bieten, um Partizipation effizienter, schneller, effektiver zu machen. Das ist doch auch schon was. ■

G8 G9

Klarheit für Gymnasien

BILDUNG Endlich Klarheit!

Die Debatte über die Dauer des gymnasialen Bildungsgangs hat seit Jahren für Unruhe an den Gymnasien und Unsicherheit in Familien gesorgt. Im Koalitionsvertrag haben FDP und CDU eine Leitentscheidung für G9 – also Abitur nach Klasse 13 – verabredet. Der Gesetzentwurf hat jetzt das Parlament erreicht.



FRANZISKA MÜLLER-RECH

Sprecherin für Schule

Zum Schuljahr 2019/2020 werden grundsätzlich alle öffentlichen Gymnasien zum neunjährigen Bildungsgang übergehen.

Einmalig können Gymnasien jedoch die Entscheidung treffen, am verkürzten Bildungsgang G8 festzuhalten. Dazu ist eine Mehrheit von mehr als zwei Dritteln in der Schulkonferenz nötig. So ist sichergestellt, dass keine der Gruppen von Lehrern, Schülern und Elternvertretern komplett überstimmt werden kann. Auf Grundlage von Umfragen unter Schulleitungen und Erfahrungen aus anderen Bundesländern wird damit gerechnet, dass eine übergroße Mehrheit der Gymnasien zu G9 wechselt. „Es gibt aber auch Schulen, an denen sich G8 bewährt hat. Diese Schulen sollen an ihren tollen Konzepten festhalten können“, erläutert Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.

Die Entscheidung zur Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren hat die FDP nicht leichtfertig getroffen. Nach der Schulzeitverkürzung ist an vielen Schulen und auch in vielen Familien ein Gefühl der Überforderung entstanden. Runde Tische und viele Ideen zur Verbesserung des G8 haben am Ende leider nicht zur spürbaren Verbesserung geführt. Die Akzeptanz für G8 ist in einem überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht mehr vorhanden gewesen. Die Leitentscheidung in Kombination mit der Entscheidungsmöglichkeit für die einzelnen Schulen ist ein konsequenter Weg. „Die Freien Demokraten haben sich immer für Entscheidungsfreiheit der Schulen ausgesprochen. Dem wird der Gesetzentwurf gerecht“, betont Müller-Rech.

Besonders leistungsstarken Schülern wird mit dem Gesetzentwurf ausdrücklich der Weg zum Überspringen einer Klasse geebnet. „Das Überspringen soll dabei auch in Gruppen ermöglicht werden. Damit eröffnen wir Schülerinnen und Schülern an G9-Gymnasien in NRW die Chance, die Schulzeit individuell zu verkürzen, wenn sie die entsprechenden Zensuren, persönliche Eignung und Engagement mitbringen.“

Grundsätzlich soll G9 mit der veränderten

Stundentafel von 188 Wochenstunden, wovon acht nicht verbindlich sind, auch wieder im Halbttag möglich sein. Das G9 des Jahres 2019 wird aber nicht das alte G9 sein. „Darin besteht die große Chance, den gymnasialen Bildungsgang den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen“, sagt Müller-Rech. So wird die Digitalisierung bei der Ausgestaltung der neuen Lehrpläne eine wichtige Rolle spielen. Auch soll die erhöhte Stundenzahl in der Sekundarstufe I einer verbesserten MINT-Bildung und der Stärkung ökonomischer und sprachlicher Kernkompetenzen zugutekommen. „Es liegt noch eine Menge Arbeit vor uns, um die Umstellung auf G9 qualitativ auszugestalten. Dabei dürfen wir nicht die Fehler wiederholen, die bei der Verkürzung der Schulzeit oder der Umsetzung der Inklusion in den vergangenen Jahren gemacht wurden“, sagt Müller-Rech. Die detaillierten Einzelregelungen zu den künftigen Bildungsgängen werden in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung verankert. Das wird im Anschluss an das Gesetzgebungsverfahren erfolgen.

„Mit der Klarheit über die Dauer des gymnasialen Bildungsgangs kehrt Ruhe in die Debatte ein. Die Gymnasien können sich wieder auf das Wichtigste konzentrieren: jungen Menschen Freude am Lernen zu vermitteln und sie zur Hochschulreife zu führen“, sagt Müller-Rech. ■



Franziska Müller-Rech
zum G9-Gesetz:
bit.ly/2E2ROai

Neustart in der Inneren Sicherheit

SICHERHEIT Die Entwicklung des internationalen Terrorismus und die veränderten Kommunikationswege stellen die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. Die NRW-Landesregierung hat jetzt ein erstes Sicherheitspaket vorgelegt, mit dem das Polizeigesetz reformiert und die Polizei insbesondere für die Terrorabwehr im 21. Jahrhundert mit Ermittlungsinstrumenten und Befugnissen ausgestattet werden soll. „Wir haben den Menschen versprochen, dass wir Nordrhein-Westfalen sicherer machen wollen. Diesen Neustart in der Inneren Sicherheit gestalten wir Freien Demokraten verantwortungsvoll“, erklärt Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion bereits vor dem Gesetzgebungsverfahren zu einer Dialogveranstaltung mit Innenminister Herbert Reul (CDU) und Arnold Plickert, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, eingeladen. Für Freie Demokraten gehört zu den Fragen der Inneren Sicherheit immer die Abwägung der richtigen Balance von Freiheit und Sicherheit. „Die Wahrung der Bürgerrechte und der zielgenaue Einsatz von Ermittlungsinstrumenten sind der FDP-Fraktion ein besonderes Anliegen. Der Staat muss da genau hinschauen, wo Gefahr droht. Statt anlassloser Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger wollen wir ganz gezielt Terroristen und Gefährdern konsequent auf den Füßen stehen“, sagt Lürbke. Für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung benötigt die Polizei neben der personellen und sachlichen Verstärkung schließlich auch Ermittlungsinstrumente und Befugnisse, die an die aktuelle Sicherheitslage angepasst sind.



Innenminister Herbert Reul (CDU), Marc Lürbke und Arnold Plickert (Vorsitzender GdP NRW) debattierten mit Teilnehmern über das geplante Sicherheitspaket I



Großes Interesse am Diskussionsabend der FDP-Fraktion zum Thema Sicherheitspaket



Entsprechend den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hat sich die NRW-Koalition einen handlungsfähigen und wehrhaften Rechtsstaat im Einklang von Freiheit und Sicherheit zum Ziel gesetzt. „Gerade im Fall der terroristischen Bedrohung muss der Staat effiziente Wege finden, Gefahren zu erforschen, die Aufdeckung von Geflechten im Vorbereitungsstadium der Tat zu leisten und – wo immer es möglich ist – zur Verhinderung schwerer Taten einzuschreiten“, erläutert Lürbke. Im Koalitionsvertrag wurden dazu zahlreiche Maßnahmen vereinbart, unter anderem auch, die präventiv-polizeiliche Überwachung von terroristischen Gefährdern und Organisierter Kriminalität auf Lücken zu überprüfen. „Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum BKA-Gesetz bereits im Jahr 2016 deutlich gemacht, dass präventive Maßnahmen unter engen Voraussetzungen auch im Bereich der Gefahrenvorsorge erlaubt sind. So kann bereits auf Handlungen im Vorfeld von terroristischen oder besonders schwerwiegenden Straftaten besser reagiert werden, um diese zu verhindern“, erklärt der Innenpolitiker. Mit dem Sicherheitspaket

werden die bisherigen Regelungen und Befugnisse passgenau an die gestiegenen Herausforderungen und Anforderungen aus der Praxis erweitert. Für die Freien Demokraten ist dabei selbstverständlich, dass bei allen Nejustierungen stets die notwendige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gewahrt bleiben muss. So sind besonders schwerwiegende Eingriffe in Persönlichkeitsrechte nur mit richterlicher Genehmigung zulässig, womit der Schutz der Bürgerrechte sichergestellt wird. Zudem hat die FDP in den Verhandlungen erreicht, dass der Landtag über die Maßnahmen informiert und die Wirksamkeit der Instrumente evaluiert wird.

„BEI ALLEN MASSNAHMEN MUSS DEM SCHUTZ DER BÜRGERRECHTE BESTMÖGLICH RECHNUNG GETRAGEN WERDEN“

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner geografisch zentralen Lage, der vorhandenen Verkehrswege und des zunehmenden grenzüberschreitenden Verkehrs zu einem stark belasteten Transitland geworden. Mit der strategischen Fahndung können die Verkehrswege intensiver in die polizeiliche Kontrolltätigkeit einbezogen werden, um den besonderen Erscheinungsformen grenzüberschreitender Kriminalität sowie der Schleuserkriminalität wirkungsvoll zu begegnen. Bei der strategischen Fahndung handelt es sich um verdachtsunabhängige, aber anlassbezogene Anhalte- und Sichtkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum. „Der Unterschied zur Schleierfahndung, die inzwischen nach einem EuGH-Urteil nicht zulässig ist, sind der Anlassbezug sowie die zeitliche und räumliche Begrenzung. So werden die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt und europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben rechtssicher umgesetzt“, erläutert Lürbke.

Ein Großteil der Fragen bei der Dialogveranstaltung im Landtag drehte sich um die sogenannte Quellen-TKÜ und ihre technische Umsetzung. Ähnliche Regelungen wurden in den letzten Jahren bereits in sechs Bundesländern eingeführt, in Rheinland-Pfalz und Hessen in Regierungsverantwortung der FDP. „Die Quellen-TKÜ ermöglicht bei terroristischen Gefährdern und bei dem Verdacht von besonders schweren Straftaten den Zugriff auf verschlüsselte Kommunikationsinhalte – etwa Chats in Messengerdiensten“, erklärt Lürbke. Sie ist nach Ansicht der Praktiker erforderlich, weil insbesondere Akteure im internationalen Terrorismus über Messenger-Apps kommunizieren. Laut Gesetzentwurf wird die Quellen-TKÜ unter Richtervorhalt stehen, darf ausschließlich laufende Telekommunikation überwachen und muss verhältnismäßig sein – das heißt, sie darf nur dann durchgeführt werden, wenn die Abwehr der Gefahr oder Verhütung der Straftaten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Lürbke: „Die Landesregierung muss den Landtag jährlich über die durchgeführten Quellen-TKÜ unterrichten. Und im Gesetz wird geregelt sein, dass die Vorschrift bis Ende 2023 befristet ist und sich daher zunächst bewähren muss.“

„Bei allen Maßnahmen muss dem Schutz der Bürgerrechte bestmöglich Rechnung getragen werden. Angesichts der veränderten Sicherheitslage unseres Landes müssen wir aber unsere Polizei mit dem Handwerkszeug ausstatten, Gefahr wirksam abzuwehren und zu bekämpfen“, betont Lürbke. Für die FDP-Fraktion steht zudem fest: Die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei bleibt die Kernaufgabe der Innenpolitik. ■



Diskussionsabend zum
Thema Sicherheitspaket I –
Neustart in die Innere
Sicherheit in NRW:
bit.ly/2DYtyWE

Eckpunkte des Sicherheitspakets

- Einführung einer Rechtsgrundlage zur Durchführung von sogenannten strategischen Fahndungen als anlassbezogene, aber verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum.
- Ausweitung der Möglichkeiten, Videoüberwachung an einzelnen öffentlichen Plätzen durchzuführen, sofern ein sofortiges Einschreiten der Polizei gewährleistet ist.
- Erprobung einer Vorschrift zur präventiv-polizeilichen Telekommunikationsüberwachung bei terroristischen Gefährdern und bei dem Verdacht von besonders schweren Straftaten einschließlich der Befugnis, auf verschlüsselte Telekommunikationsinhalte zuzugreifen (sogenannte Quellen-TKÜ). Die Maßnahmen müssen sich auf laufende Kommunikation beschränken und unterliegen dem Richtervorbehalt. Die gesetzliche Regelung ist befristet und steht unter Evaluierungsvorbehalt.
- Einführung einer befristeten und unter Evaluierungsvorbehalt stehenden Rechtsgrundlage für die Anordnung von elektronischer Aufenthaltsüberwachung (sogenannte elektronische Fußfessel) für terroristische Gefährder und Sexualstraftäter.
- Ergänzung der Vorschriften zur Ingewahrsamnahme bei terroristischen Gefährdern und in anderen Fällen, wie dem Schutz der Betroffenen vor häuslicher Gewalt.
- Ergänzung des polizeilichen Ausrüstungskatalogs, um den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten im Pilotbetrieb zu ermöglichen.



Politisches Katerfrühstück feiert gelungene Premiere

VERANSTALTUNG Jedes Jahr trifft sich die FDP NRW am Aschermittwoch und bewertet mit spitzen Pointen die politische Lage. 2018 lud der Landesverband erstmalig zum „Politischen Katerfrühstück“ nach Düsseldorf ein, das eine gelungene Premiere feierte.

Vor über 250 Gästen und zahlreichen Journalisten sprachen der Vorsitzende der FDP NRW und stellvertretende NRW-Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp sowie die stellvertretende FDP-Vorsitzende und Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bun-

destag Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Stamp erklärte mit Blick auf die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen: „Man hat den Eindruck, in Berlin sind seit so langer Zeit die Gleichen beieinander, dass keine politische Innovation mehr möglich ist.“ Er arbeitete die Unterschiede zwischen Freidemokra-

Dr. Joachim Stamp und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann in Düsseldorf

ten und anderen Parteien heraus: „Die Grünen zum Beispiel sagen: Jede Biene und jeder Vogel soll wissen, dass wir uns um sie kümmern. Für die FDP gilt: Jeder Schüler, jede alleinerziehende Mutter, jede Familie, jeder Facharbeiter, jeder Unternehmer und alle ande-

„PARTNER DER MENSCHEN IM LAND“

ren Menschen in diesem Land werden von uns als Partner ernstgenommen.“ Das sei der Unterschied, so der Liberale. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellte fest, dass der Elan von Union und SPD, Deutschland zum Besseren zu verändern, „in die gleiche Richtung wie die Mundwinkel der Bundeskanzlerin“ tendiere. Man hätte den Koalitionsvertrag auch einfach „Auf in die vierte Amtszeit von Angela Merkel“ nennen und sich die restlichen 176 Seiten sparen können, betont die stellvertretende Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei. Thomas Nüchel, Vorstandsmitglied der FDP NRW und Mitglied der FDP-Fraktion in NRW, führte durch die Veranstaltung und bat, sich schon jetzt den 6. März 2019 im Kalender anzustreichen. Dann treffen sich die Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen erneut am Aschermittwoch. ■



Politisches Katerfrühstück im Video:
bit.ly/2GfLSfS

Wirtschaftliche Fesseln zerschlagen, Bürokratie abbauen

WIRTSCHAFT NRW moderner machen – das will die FDP-Fraktion im Landtag. Deshalb hat sie in der ersten Plenarwoche nach dem Regierungswechsel die Landesregierung aufgefordert, eine Entfesselungsoffensive einzuleiten. Jetzt wurde das Entfesselungspaket I im Landtag verabschiedet. Darin enthalten sind 13 Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Entlastung der Wirtschaft.



RALPH BOMBIS
Sprecher für Wirtschaft

„Das Entfesselungspaket I zeigt, in welche Richtung wir die Weichen im Land stellen: Die Richtung heißt Wachstum. Dafür bauen wir Bürokratie ab und schaffen mehr Chancen“, sagt Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

In Regierungsverantwortung der FDP werden die Beschäftigten in den Unternehmen von unnötigen und fesselnden Vorschriften befreit. Die Wirtschaft bekommt den Raum, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. „Seitdem

wir im Parlament über die Entfesselung beraten, ist deutlich geworden, dass der Neustart in der Wirtschaftspolitik begrüßt wird“, berichtet Bombis. Aus der Wirtschaft heißt es, die Stimmung habe sich positiv verändert.

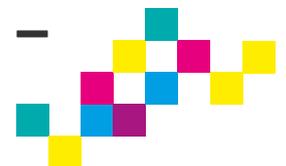
Mit dem geänderten Ladenöffnungsgesetz schafft das Land eine rechtssichere und praktikable Regelung für verkaufsoffene Sonntage. „Die Kommunen können künftig an bis zu acht Sonntagen im Jahr mit dem stationären Einzelhandel die Attraktivität ihrer

Innenstädte herausstellen“, sagt Bombis. Die Herausnahme von vergabefremden Kriterien aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz gibt gerade kleineren und mittleren Unternehmen wieder die faire Chance, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Die Abschaffung der „Hygiene-Ampel“ entlastet Mitarbeiter und Betriebe. „Das Entfesselungspaket I ist ein wichtiger Schritt dazu, NRW wieder nach vorn zu bringen“, sagt Bombis. Weitere Entfesselungspakete sind bereits auf dem Weg. ■



MARCEL HAFKE
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Digitalisierung

Digitalisierung gestalten – Chancen nutzen



DIGITALISIERUNG Die Digitalisierung wird unser Leben in nahezu allen Bereichen weiter verändern. Wie gestaltet Landespolitik diesen grundlegenden Transformationsprozess? Eine Debatte über die Fragen der digitalen Zukunft hat die FDP-Fraktion jetzt im Landtag angestoßen. „Die Digitalisierung muss dem Menschen dienen und das Leben einfacher machen“, formuliert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und digitalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marcel Hafke, das ambitionierte Ziel.

Tiefgreifende Veränderungen machen vielen Menschen Angst. Auch die Wahrnehmung der Digitalisierung ist teilweise davon geprägt.

„Die Digitalisierung ist aber keine schicksalhafte Entwicklung, die es zu durchstehen gilt. Ganz im Gegenteil: Sie birgt unzählige Möglichkeiten für jeden Einzelnen, sein Leben einfacher, sicherer und den individuellen Neigungen gemäß zu gestalten“, betont Hafke. Doch dafür müssen die politischen

Rahmenbedingungen mit einer optimistischen Grundhaltung gestaltet werden.

Dafür wird die FDP-Fraktion werben und mit Experten und Öffentlichkeit die Fragen diskutieren, die sich stellen. „Es gibt bereits viele tolle Ansätze, was Digitalisierung leisten kann. Dabei stellen sich aber auch immer neue Fragen“, sagt Hafke. Wie kann bei der digitalen Verwaltung der Datenschutz si-

chergestellt werden? Wie sieht die Arbeitswelt von übermorgen aus? Wie gestaltet sich die Aufgabenteilung zwischen Mensch und Künstlicher Intelligenz? Wie können wir das Potential von Smart Citys und neuen Mobilitätsformen heben? „Die Landesregierung entwickelt eine Digitalstrategie, das ist ein richtiger Schritt“, sagt Hafke. Aber die Debatte über die Gestaltung der Digitalisierung wird damit nicht abgeschlossen sein. ■



Die FDP stärkt die Bürgerrechte

RECHTSPOLITIK Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für den Schutz und die Stärkung der Bürgerrechte ein. Jetzt haben die Freien Demokraten gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde vorgelegt. „Mit der Individualverfassungsbeschwerde erhält der einzelne Bürger ein Instrument, um sich gegen Grundrechtsverstöße beim Vollzug von Landesrecht wehren zu können“, sagt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Bisher besteht für den einzelnen Bürger keine Möglichkeit zur Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes. Deshalb wird die Individualverfassungsbeschwerde die Rechte des einzelnen Bürgers gegenüber dem staatlichen Handeln auf Landesebene stärken und eine Lücke schließen. „Die Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger werden durch die Individualverfassungsbeschwerde erweitert“, unterstreicht Christian Mangan, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

„Bereits in der Verfassungskommission haben sich die Freien Demokraten für die Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde eingesetzt. Das ist aber am Nichtzustandekommen einer Gesamteinigung zu den Verfassungsänderungen gescheitert“, sagt Christof Rasche. SPD und Grüne haben damals auch eine gesetzliche Regelung blockiert. Umso wichtiger ist es aus Sicht der FDP, das Anliegen jetzt gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU aus der Mitte des Parlaments voranzutreiben. In 11 von 16 Bundesländern ist diese Form der Beschwerdemöglichkeit bereits eingeführt. Mangan: „Diesen positiven Erfahrungen wollen wir folgen.“ Der Gesetzentwurf enthält zugleich einen Filtermechanismus auf relevante Fälle. Damit wird sichergestellt, dass der Verfassungsgerichtshof die zusätzlichen Verfahren zügig und effektiv bearbeiten kann. ■

Spitzenplatz als Sportland ausbauen 1

SPORT Millionen Menschen treiben in NRW Sport, ein großer Teil von ihnen ist in landesweit etwa 18.500 Vereinen aktiv. Die tragende Säule bilden dabei die rund 350.000 Ehrenamtlichen im Schulterschluss mit den Hauptamtlichen. Sie bewegen vieles vor Ort und machen NRW zum Sportland Nr. 1. Die FDP-Fraktion im Landtag will diesen Spitzenplatz weiter ausbauen.

Der NRW-Koalition aus FDP und CDU sind Sport und Ehrenamt wichtige Anliegen. „Wir haben bereits im ersten Gestaltungshaushalt den Sport, insbesondere den Breitensport, deutlich gestärkt“, erklärt FDP-Fraktionschef Christof Rasche. Mit der Vereinbarung „Nr. 1: Sportland NRW“ zwischen Land und Landessportbund erhält der Sport nun Planungssicherheit bis 2022. Der jährliche Finanzausschuss des Landes steigt um rund 7,9 Millionen Euro auf über 42 Millionen Euro. „Das ist Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung gegenüber dem Sport und ganz besonders den vielen Ehrenamtlichen“, sagt Rasche.



FDP-Fraktionschef Christof Rasche und Andreas Terhaag, sportpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Den Sanierungsstau bei Sportstätten hat die FDP ebenso im Blick wie überbordende Bürokratie. Andreas Terhaag, sportpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Die FDP-Fraktion steht gemeinsam mit der CDU im konstruktiven Dialog mit Vereinen und Verbänden. Es besteht große Einigkeit, dass der Zustand der Sportstätten Anlass zur Sorge bereitet. Das Thema wird uns auch in der Politik in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen müssen.“ Eine Initiative, um die Bürokratie für den Vereinssport auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, haben die regierungstragenden Fraktionen bereits auf den Weg gebracht. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr. 1 weiter stärken“, betonen Rasche und Terhaag. ■



Fahrverbote verhindern – Mobilitätskonzepte erweitern

VERKEHR Wenn Pendler nicht mehr zur Arbeit kommen, Handwerker ihre Kunden nicht mehr aufsuchen können, Paketzusteller ihre Adressaten nicht mehr erreichen, wenn die Müllabfuhr stillstehen müsste, dann wäre ein Lebensnerv unseres Landes getroffen. Deshalb setzt die FDP-Landtagsfraktion alles daran, Fahrverbote zu vermeiden.

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sind Land und Kommunen dringend aufgefordert, zu handeln und effektive Maßnahmen zur Luftreinhaltung umzusetzen. Das Parlament hat sich in zahlreichen Debatten zur Vermeidung von Fahrverboten, zu der Stärkung des ÖPNV und der Entwicklung von zukunftsfähigen Mobilitätskonzepten bekannt.

„Fahrverbote bedeuten aus unserer Sicht eine unzumutbare Einschränkung individueller Mobilität“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Bodo Middeldorf. Millionen von Dieselfahrern haben darauf vertraut, dass ihre Investitionsentscheidung sicher ist. Falls es zu Fahrverboten käme, wäre das eine kalte Enteignung. Nicht nur die Politik auf Landes-, Bundes- und kommunaler Ebene, auch die Automobilhersteller sieht er in der Pflicht: „Es darf nicht sein, dass die Autobauer sich ihrer Verantwortung entziehen und die Dieselfahrer im Regen stehen lassen“, betont Middeldorf.

„Individuelle Mobilität zu erhalten und die Luftqualität zu verbessern sind wichtige Ziele. Sie stellen auch keinen Widerspruch dar“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Markus Diekhoff. Um beide Ziele zu erreichen, sind sowohl Maßnahmen der Luftreinhaltung als auch die Weiterentwicklung von Verkehrskonzepten notwendig. „Die in Arbeit befindlichen Luftreinhaltepläne müssen zügig umgesetzt werden. Dabei sind die Kommunen besonders gefragt. Sie müssen bei diesem Kraftakt aber auch vom Land unterstützt werden“, sagt Diekhoff. In den Plänen vorgesehene Maßnahmen wie die Umrüstung der Busflotte oder auch die Verpflichtung für die Schifffahrt, sich bei Liegezeiten an das Stromnetz anzuschließen und so Emissionen zu reduzieren, sind erfolversprechender als Fahrverbote für Dieselfahrzeuge.

Auf der anderen Seite müssen alle Verkehrsträger ideologiefrei für die steigenden Verkehrsströme fit gemacht und weiterentwickelt werden. NRW-Kommunen erproben bereits innovative Verkehrskonzepte. Ein zentrales Element ist die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. „Vor allem müssen die Kapazitäten nachfragegerecht ausgebaut, Frequenzen erhöht und die Zuverlässigkeit verbessert werden. Und wir brauchen endlich E-Ticket-Systeme, die die Nutzungshürden senken“, sagt Verkehrsexperte Middeldorf. Daran arbeitet das Land gemeinsam mit Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen.

Die Erforschung alternativer Antriebstechnologien und die Weiterentwicklung der Elektromobilität sind der NRW-Koalition wichtige Anliegen. Dabei liegt der Fokus auf der Bereitstellung der Infrastruktur, der Ausbau von Ladesäulen wird massiv vorangetrieben.

Die FDP-Fraktion formuliert klare Erwartungen an die Automobilindustrie: „Wir sehen in der Hardware-Nachrüstung ein technisch geeignetes Mittel, um den Ausstoß nennenswert zu reduzieren. Und wir erwarten von den Herstellern, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kunden gerecht werden“, sagt Middeldorf. Zudem warnt er vor einer Verteufelung moderner Dieselfahrzeuge: „Die Euro-6-Dieselschiffahrt leistet einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung und zur CO₂-Reduktion.“

Fahrverbote dürfen nur Ultima Ratio sein, das hat auch das Bundesverwaltungsgericht deutlich gemacht. In Regierungsverantwortung setzen sich die Freien Demokraten im Landtag weiterhin dafür ein, dass es dazu nicht kommen wird. ■



BODO MIDDELDORF
Sprecher für Verkehr



MARKUS DIEKHOFF
Sprecher für Umwelt



Rede von Bodo Middeldorf im Landtag:
bit.ly/2uwwhywe

Smarte Oppositionsarbeit

BUNDESPOLITIK Union und SPD haben sich auf eine wiederholte Große Koalition geeinigt. Die Freien Demokraten haben gleichzeitig schon mit smarter Oppositionsarbeit begonnen und erste Gesetze zur Modernisierung Deutschlands vorgestellt.

Insgesamt 399 Abgeordnete zählen CDU, CSU und Sozialdemokraten in ihren Reihen des Deutschen Bundestages. Nur 364 stimmten Mitte März für Angela Merkel als Kanzlerin. „Die hohe Zahl der Abweichler entlarvt enorme Fliehkräfte in der Großen Koalition“, analysiert der Vorsitzende der FDP und FDP-Bundestagsfraktion, Christian Lindner. Die sogenannte GroKo werde nach diesem Start mit schlechter Laune regieren. „Es reicht nicht, mit vielen Milliarden Euro Steuergeld ein paar Lieblingsprojekte der beteiligten Parteien zu finanzieren“, weiß der Freidemokrat.

„In der Sache steht auch die neue Große Koalition für ein Weiter-so. Es folgen nun Jahre des Stillstands“, kritisiert der Generalsekretär der FDP NRW und FDP-Vorstandsmitglied Johannes Vogel. Die wiederholte Zusammenarbeit der Union und der SPD sei kein Aufbruch für Deutschland – „wie es eine Jamaika-Koalition übrigens auch nicht gewesen wäre“, bemerkt Vogel.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Marco Buschmann, erwartet nach der Lektüre des Koalitionsvertrags ebenfalls keine Bewegung. So sei auch eine Staatsministerin für Digitalisierung lediglich ein „PR-Gag“. Buschmann: „Wenn man etwas für die Digitalisierung tun möchte, braucht man mehr Koordinierung.“ Deutschland drohe so eine der gewaltigsten wirtschaftlichen Veränderungen zu verschlafen.

Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten hat sich derweil bereits an die Arbeit gemacht. Christian Lindner hatte eine „smarte Opposition aus der Mitte des Parlaments“ angekündigt, die die Bundesregierung nicht nur kontrolliert, sondern sich auch konstruktiv mit Vorschlägen zur Modernisierung Deutschlands einbringt. Die Freien Demokraten haben schon einige Punkte auf die Agenda gesetzt.

„Die **Digitalisierung** bietet den Beschäftigten mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Es wird Zeit, dass es das Gesetz endlich auch tut“, fordert zum Beispiel der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel, der auch der arbeitsmarktpolitische Sprecher der liberalen Bundestagsfraktion ist. Vogel beschreibt: „Wenn man beispielsweise nachmittags das Büro verlässt, um Zeit mit den Kindern zu verbringen, am späteren Abend dann am Handy dienstliche E-Mails auch nur liest und am nächsten Morgen die Arbeit wiederaufnimmt, ist das mit dem aktuellen Gesetz eigentlich nicht möglich.“ Seine These ist, dass das schon jetzt täglich millionenfach ignoriert werde. Deswegen bedürfe es zur Selbstbestimmung der Arbeitnehmer eines Updates inklusive mehr Flexibilität, das die Freien Demokraten nun eingebracht haben. Vogel weiß: „Die digitale Arbeitswelt von morgen gestalten wir nicht mit den analogen Gesetzen von gestern.“



Website der FDP-Bundestagsfraktion:
fdpbt.de



Christian Lindner zur neuen Großen Koalition:
bit.ly/2GsBDci

„ES REICHT NICHT, MIT VIELEN MILLIARDEN EURO STEUERGEDL EIN PAAR LIEBLINGSPROJEKTE DER BETEILIGTEN PARTEIEN ZU FINANZIEREN“



FDP-Bundestags-
fraktion bei Facebook:
facebook.com/fdpbt



FDP-Bundestags-
fraktion bei Instagram:
instagram.com/fdpbt



FDP-Bundestags-
fraktion bei Twitter:
twitter.com/fdpbt

Die freidemokratische Bundestagsfraktion hat auch einen Gesetzentwurf zur **vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags** zum 1. Januar 2020 vorgestellt. Der Soli dürfe schließlich keine unendliche Geschichte werden, fordert der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Schatzmeister der FDP NRW, Otto Fricke. „Seine Abschaffung ist nicht nur eine Frage der Entlastung der Bürger, sondern auch der politischen Glaubwürdigkeit“, sagt der Freidemokrat. Der Bezug zur Deutschen Einheit fehle mittlerweile. Fricke: „Für eine Fortführung des Solis besteht keine Rechtfertigung mehr.“

Auch in der **Familienpolitik** stehen die Zeichen bei den Freidemokraten auf Modernisierung: „Das Familienrecht geht noch immer von einem antiquierten Rollenverständnis aus“, erläutert die FDP-Bundestagsabgeordnete Katrin Helling-Plahr. Das Leitbild des Bürgerlichen Gesetzbuches sehe vor, dass sich ein Kind im Scheidungsfalle der Eltern nur bei einem Elternteil aufhalte und dort lebe, während es den anderen Elternteil im Rahmen von Umgangskontakten nur besuche, so die Liberale. „Wir wollen, dass das Wechselmodell zum Regelfall der Betreuung von Kindern wird, wenn die Eltern keine andere einvernehmliche Regelung nach einer Trennung treffen.“ Das sei für die Kinder das Beste, beide Partner könnten weiterhin ihrem Job nachgehen und es entspreche einem zeitgemäßen Familienbild. ■





Besucherrekord beim **Neujahrsempfang**

VERANSTALTUNG Unter dem Motto „Zukunft NRW“ haben Partei und Fraktion der nordrhein-westfälischen Freidemokraten Mitte Januar zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang nach Düsseldorf eingeladen. Mit über 1.700 Gästen konnte die FDP den Besucherrekord aus dem Super-Wahljahr 2017 sogar überbieten.

Der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel, kritisierte zur Eröffnung des Neujahrsempfangs die Rentenpläne von Union und SPD im Bund. Ohne Verantwortung für die nächste Generation zu übernehmen, addierten sie die milliardenschweren Wünsche aller Seiten. „Die Politik muss bei der Rente endlich in

Jahrzehnten denken, nicht in Legislaturperioden“, so Vogel. Gastredner Christian Lindner, Vorsitzender der FDP und FDP-Bundestagsfraktion, blickte zunächst auf 2017 zurück: „Das Beste war im vergangenen Jahr aus meiner Sicht, dass es den Freien Demokraten im größten Bundesland möglich geworden ist, der Politik eine andere Richtung zu geben.“ Wie nötig das war, machte der Vorsitzende der FDP NRW und stellvertretende NRW-Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp in einem Beispiel deutlich: „Wir haben ein völlig unterfinanziertes Kita-System vorgefunden. Ich konnte in einem ersten Schritt durchsetzen, dass wir mit einer halben Milliarde Euro zusätzlich dafür sorgen, dass in den kommenden zwei Jahren kein Kindergarten in NRW schließen muss.“ Im Talk, der von der stellvertretenden Partei-Landesvorsitzenden und Vizepräsidentin des NRW-Landtags, Angela Freimuth,

moderiert wurde, betonte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche, dass die größte FDP-Landtagsfraktion, die es jemals gab, die Zukunft Nordrhein-Westfalens mitgestalten werde. Eine erste Trendwende sei bereits geschafft: „Dass nach 45 Jahren erstmals ein nordrhein-westfälischer Landeshaushalt ohne neue Schulden vorgelegt wird, ist eine historische Leistung.“ Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart kündigte beispielsweise an, dass dieses Jahr die digitale Gewerbeanmeldung umgesetzt werde. Ein „Umsteuern bei der Inklusion zur Verbesserung der Qualität“ setzt sich die Schulministerin Yvonne Gebauer als eines ihrer Ziele. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Henning Höne, lud die Gäste zum Dialog mit der Politik ein: So ließen die Besucher den Neujahrsempfang am Nachmittag ausklingen. ■

Christof Rasche, Dr. Joachim Stamp und Christian Lindner (oben); im Talk: Yvonne Gebauer, Prof. Dr. Andreas Pinkwart und Angela Freimuth (rechts)



Neujahrsempfang 2018
im Video:
bit.ly/2GfFwxh



SUSANNE SCHNEIDER
Sprecherin für Gesundheit

„Nordrhein-Westfalen darf nicht länger Schlusslicht bei der Organspende bleiben!“ Trotz genereller Bereitschaft zur Spende sind die tatsächlichen Zahlen leider rückläufig. Im Jahr 2017 wurden gerade mal 146 Spender gemeldet. Eine Ursache sind strukturelle Probleme, weil potentielle Organspender nicht rechtzeitig gemeldet werden. **Die FDP-Landtagsfraktion möchte deshalb die Transplantationsbeauftragten in den Kliniken stärken und Meldepflichten praxistauglich verändern.** Einen Gesetzesentwurf haben die regierungstragenden Fraktionen dazu bereits im Landtag eingebracht. ■



LORENZ DEUTSCH
Sprecher für Kultur

Eine gute Botschaft für die kommunale Kulturlandschaft: **„Nach der langen Durststrecke erhalten die Theater und Orchester endlich wieder eine verstärkte Förderung.“** Die neue Landesförderung besteht aus zwei Komponenten: einer Basisförderung und einer Zusatzförderung. „Die Zusatzförderung soll kommunale Theater zur Schärfung ihres Profils anregen und einen Impuls für die Qualität und Innovationskraft der Theaterlandschaft geben.“ Die Fördermittel werden kontinuierlich ansteigen, von heute 19,5 Millionen Euro auf circa 50 Millionen Euro im Jahr 2022. ■

Die FDP-Landtagsfraktion setzt ihre Werkstattgespräche und Kongresse auch in Regierungsverantwortung fort. **Im Mai stehen zwei Werkstattgespräche und ein Kongress im Fraktionskalender.** Los geht es am Mittwoch, 2. Mai, um 19 Uhr mit dem Werkstattgespräch zum Thema „Schulfach Wirtschaft“. Zum Mobilitätsforum lädt die Fraktion am Dienstag, 8. Mai, 18.30 Uhr in den Landtag. Und das Thema Datenschutz wird bei einem Werkstattgespräch am Dienstag, 15. Mai, ab 19 Uhr debattiert. Alle Infos zu Veranstaltungen der Landtagsfraktion: bit.ly/2Gcblpr ■



DIE FDP-LANDTAGSFRAKTION
Termine



LANDESPARTEITAG Die FDP NRW trifft sich am 14. und 15. April in Siegen zum Landesparteitag. Auf dem Programm stehen die Beratung spannender Anträge, die turnusgemäße Wahl des Landesvorstands sowie vielfältige Mitmach-Angebote für alle Freien Demokratinnen und Demokraten des Landes.

„Die Menschen wollten einen Politikwechsel und wählten ihn. Jetzt ist Nordrhein-Westfalen mit der NRW-Koalition auf dem Weg, zum Chancenland zu werden“, berichtet der Vorsitzende der FDP NRW, Dr. Joachim Stamp, mit Blick auf das Motto des Landesparteitags. „Dabei entwickeln wir unsere liberalen Lösungen und Konzepte konsequent weiter“, ergänzt Johannes Vogel, Generalsekretär der FDP NRW. Deswegen stehen neben der Antragsberatung des Parteitags auch Ideenlabore für alle FDP-Mitglieder auf der Agenda des Wochenendes. „Unser Landesverband umfasst so viele kluge Köpfe, ich freue mich auf ihre Ideen“, so Vogel. Außerdem finden auch Workshops für Neumitglieder oder erstmalig das neue Female Forum statt. „Informieren Sie sich, melden Sie sich an, und machen Sie mit!“, lautet der Appell des Generalsekretärs. ■



Alle Informationen zum Landesparteitag und den Mitmach-Angeboten finden Sie hier: fdp.nrw/lpt18



Mit 17 traten Sie der FDP bei. Was hat Sie 1984 zum Eintritt bewogen?

Das tolle Führungspersonal. Das unbeirrte Festhalten am Ideal der Freiheit. Der Kurs der Jungen Liberalen, aber auch der stille Protest, der in dieser Entscheidung wider den Zeitgeist lag, der damals in Bielefeld wehte.

Was sind Ihre prägendsten Momente aus über 30 Jahren bei den Freien Demokraten?

Genscher auf dem Prager Balkon. Die Jahre mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Berlin. Der Empfang der Ernennungsurkunde zum Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in Düsseldorf.

Welches politische Ziel ist Ihnen am wichtigsten?

Frieden, Freiheit, Fortschritt.

Nach rund 15 Jahren sind Sie aus Berlin nach NRW zurückgekehrt.

Denken Sie „schade“ oder „endlich“?

Es ist schön, wieder in NRW zu sein. Ich entdecke das Land gerade neu. In Berlin habe ich aber auch noch erheblich mehr als nur einen Koffer. Meine Familie lebt dort, das Wertvollste, was ich habe.

Was verbinden Sie mit Ihrer Heimat Westfalen?

Die Zuverlässigkeit der Menschen, den Humor und die Schönheit der Natur.

Was war als Kind Ihr Traumberuf – und warum?

Dirigent. Aus Liebe zur Musik. Ich bin aber leider eher unmusikalisch.

Haben Sie ein Lebensmotto? Wenn ja, welches?

In der Sache fest, im Ton verbindlich.

Eine freie Stunde verbringen Sie am liebsten wie?

Lesend.

Einen freien Tag verbringen Sie am liebsten wie?

Beim Skifahren, auf dem Tennisplatz, im Konzertsaal.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ich gehe zu spät ins Bett.

Worauf sind Sie besonders stolz?

Emilia und Luca, meine Kinder.



Andreas Bothe wurde am 18. September 1967 in Gadderbaum, was heute zu Bielefeld gehört, geboren. Nach dem Abitur 1986 folgte zunächst eine Ausbildung zum Bankkaufmann, woran sich ein Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld anschloss. 1993 absolvierte er in Hamm erfolgreich das erste Staatsexamen, 1996 folgte das zweite in Düsseldorf. Nach Tätigkeiten als Rechtsanwalt und Geschäftsführer wechselte er 2003 als Referent für Rechts- und Innenpolitik in die FDP-Bundestagsfraktion. Ab 2009 arbeitete er im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, zuletzt als Ministerialdirigent. Seit Juli 2017 ist er Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

1984 trat Bothe in die Freie Demokratische Partei ein und war bei der Kommunalwahl 1999 Spitzenkandidat der FDP Bielefeld. 1999 bis 2001 war er dann Ratsherr und Sprecher der FDP im Rat der Stadt Bielefeld. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.



facebook.com/andreas.bothe.77